

► Allgemeines

Welttag der humanitären Hilfe. Mit dem Ziel, das öffentliche Verständnis für die humanitäre Arbeit weltweit zu stärken, begingen die Vereinten Nationen am 19. August dieses Jahres erstmals den „Welttag der humanitären Hilfe“ zum Gedenken an Hilfskräfte, die bei der Erfüllung ihrer Pflichten ihr Leben verloren haben. Aufgrund von Kriegen und Bürgerkriegen sowie der Verteuerung von Grundnahrungsmitteln, der Verknappung von Trinkwasserressourcen, der Zunahme von klimabedingten Naturkatastrophen und der internationalen Finanzkrise seien immer mehr Menschen auf die Hilfe anderer angewiesen. Sinnvoll sind nach Auffassung der Auslandshilfe der Caritas im Ruhrgebiet eine ernsthafte Klimaschutzpolitik der Industriestaaten und eine finanzielle Unterstützung bei der Katastrophenvorsorge in den ärmsten Ländern, um den aktuellen Problemen zu begegnen. *Quelle: caritas in NRW 4.2009*

Mehr EU-Staatsangehörige in rheinland-pfälzischen Kommunalparlamenten. Die Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz am 7. Juni dieses Jahres erhöhte die Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in der Politik. In die Gemeinde- und Stadträte, Kreistage und Ortsbeiräte des Landes wurden insgesamt 67 ausländische Bewerberinnen und Bewerber mit einer EU-Staatsangehörigkeit gewählt. Es sind 38 Männer und 29 Frauen, 43 haben ihren Sitz in den Stadt- und Gemeinderäten, zehn in den Kreistagen, acht sind in den Verbandsgemeinderäten und sechs in den Ortsbeiräten vertreten. Ihre Herkunftsländer sind unter anderem Italien (13), Österreich (10), Frankreich (9), die Niederlande (8), Luxemburg (7) und Polen (1). Beschlossen wurde das seit 1996 bestehende aktive und passive Kommunalwahlrecht von Staatsangehörigen anderer EU-Länder in dem im Jahr 1992 ratifizierten Vertrag von Maastricht. *Quelle: Presseinformation des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 155-1/09*

Programm zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Sachsen. Seit November 2005 vergibt die Bürgerstiftung Dresden im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales Aufwandsentschädigungen an Ehrenamtliche, die mindestens 20 Stunden im Monat freiwillig tätig sind. Im Rahmen des Programms „Wir für Sachsen“ stehen dieses Jahr knapp 7,5 Mio. Euro zur Verfügung. Diese gehen an zirka 22 000 Personen, die in gemeinnützigen Projekten verschiedener Vereine, Verbände oder Kommunen tätig sind. Im Vordergrund steht dabei mit 55 % der geförderten Personen das soziale Engagement in Bereichen wie Behinderten- und Altenhilfe, Kinder- und Jugendarbeit, Wohnungslosenhilfe und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Unterstützt werden darüber hinaus auch sportliche Aktivitäten (17 %) und die Heimat- und Brauchtumpflege (8 %). Die pauschalen Auf-

wandsentschädigungen werden über die Bürgerstiftung Dresden an die Projektträger vergeben und von diesen aufgeteilt, wobei pro Person eine Zahlung von maximal 40 Euro monatlich vorgesehen ist. Die Zuwendung erfolgt in zwei Jahresraten. Voraussetzung für die Gewährung der zweiten Rate an die Träger ist eine Eintragung ihrer Vereine in die Engagementbörse der Staatsregierung unter www.wir-fuer-sachsen.de bis zum 30. September des Jahres.

Quelle: Presseinformation des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales 8.2009

Kommunale Integration von Menschen mit Migrationshintergrund – ein Handbuch. Hrsg. Petra Mund und Bernhard Theobald. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Berlin 2009, 309 S., EUR 18,20 *DZI-D-8826*

Die Partizipation und Chancengleichheit von Menschen mit Migrationshintergrund in allen gesellschaftlichen Bereichen ist das erklärte Ziel von Integrationspolitik, womit aufgrund lokaler Zuständigkeiten für Städte, Landkreise und Gemeinden der Anspruch entsteht, sich mit der Zuwanderung und deren Auswirkungen auseinanderzusetzen. Wichtiges Grundlagenwissen hierfür bietet dieses Handbuch mit seinen Beiträgen zu den politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, Konzepten und Gestaltungspotenzialen der Eingliederung im Hinblick auf Arbeitsmarkt, Sprache, Bildung, Wohnen und Beteiligung. Neben einem Rückblick auf die Immigration nach Deutschland seit den 1950er-Jahren werden zum Beispiel auch psychologische Aspekte der Integration, Probleme der Wirkungsmessung und die Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege erörtert. Best-Practice-Beispiele zeigen auf, mit welchen Strategien die interkulturelle Öffnung vor Ort umgesetzt werden kann, und bieten damit vielfältige Anregungen für Entscheidungstragende in den Kommunen sowie Mitarbeitende in Migrantenselbstorganisationen, Verwaltungen, Verbänden, Vereinen und Initiativen. Bestelladresse: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-0

► Soziales

Studie zur Kurberatung der Caritas. Wie eine Studie der Universität Hannover im Auftrag des Müttergenesungswerks zeigte, fand die Kurberatung der Caritas eine positive Resonanz. So beurteilten 90 % der insgesamt 995 befragten Mütter diese als engagiert, kompetent und zugewandt und zwei Drittel hielten sie für unbedingt erforderlich. Das Leistungsspektrum umfasst die Unterstützung bei der Antragstellung, bei der Suche nach der richtigen Einrichtung, bei Fragen bezüglich der Finanzierung und bei während der Kur auftretenden Problemen. Angeboten werden zudem Programme zur Vorbereitung auf die Kur und zur Nachsorge. Die in bundesweit 63 Beratungsstellen erhobenen Daten ergaben, dass die mithilfe der Beratung eingelegten Widersprüche gegen eine Ablehnung des Kurantrags zu 50 % erfolgreich sind. *Quelle: Pressemitteilung des Caritasverbands für die Diözese Münster vom August 2009*

Höhere Sozialhilfeausgaben. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lagen die Sozialhilfeausgaben im Jahr 2008 bei netto 19,8 Mrd. Euro und sind damit gegen-

über dem Vorjahr um 4,9 % angestiegen. Pro Kopf wurden für die Sozialhilfe rechnerisch 241 Euro bezahlt. Die höchsten Kosten pro Person hatten erneut die Stadtstaaten Bremen (405 Euro), Hamburg (376 Euro) und Berlin (370 Euro). In den Flächenländern waren die Vergleichswerte in Schleswig-Holstein (288 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (206 Euro) am höchsten und in Baden-Württemberg (177 Euro) und Sachsen (124 Euro) am niedrigsten. Der mit Abstand größte Teil der Leistungen nach Sozialgesetzbuch XII entfiel mit 11,2 Mrd. Euro (57 %) auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. 3,7 Mrd. Euro (19 %) wurden für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung aufgewendet, während die Hilfe zur Pflege bei 2,8 Mrd. Euro (14 %) lag und die Hilfe zum Lebensunterhalt bei 0,9 Mrd. Euro (4 %). In der Sozialhilfestatistik nicht mehr nachgewiesen ist seit dem Jahr 2005 die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 314/09*

Empfehlungen für die Heranziehung Unterhaltspflichtiger in der Sozialhilfe (SGB XII). Hrsg. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. Selbstverlag. Berlin 2009, 100 S., kostenlos *DZI-D-8704*
Die vom Deutschen Verein seit dem Jahr 1965 herausgegebenen und laufend aktualisierten Empfehlungen wurden anlässlich der zum 1. Januar 2008 geänderten Vorschriften wieder neu überarbeitet. Sie wenden sich vor allem an die Träger der Sozialhilfe und geben einen Überblick über Fragen der Unterhaltspflicht und der Bedarfsbemessung. Erläutert werden darüber hinaus auch die jeweiligen Übergangsregelungen, die Kriterien der Bedürftigkeit oder der Leistungsunfähigkeit sowie sozialhilferechtliche Bestimmungen bezüglich Auskunftspflicht und Rückübertragung des Unterhaltsanspruchs. Bestelladresse: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17-18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-0

Projekt zum Thema Nachbarschaft und Altern. Im Rahmen der Pilotförderrunde „Soziale Innovationen für Lebensqualität im Alter (SILQUA)“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung hat die Fachhochschule Potsdam eine Förderzusage für das auf knapp drei Jahre angelegte Projekt „Gut Leben im (hohen) Alter“ erhalten. Untersucht werden soll am Beispiel ausgewählter Regionen im Landkreis Havelland und in Potsdam die Lebensqualität älterer und hochbetagter Menschen, um schließlich neue Konzepte für ein zufriedenstellendes Wohnen dieser Zielgruppe in der häuslichen Umgebung zu entwickeln. Im Mittelpunkt stehen das Zusammenwirken kommunaler und nachbarschaftlicher Hilfeformen und die Vernetzung mit professionellen Diensten. Darüber hinaus geht es neben der frühzeitigen Auseinandersetzung mit alternativen Wohnformen um die Schaffung neuer und die Stabilisierung bestehender Unterstützungssysteme vor Ort. Internet: www.nachbarschaft-und-altern.de. *Quelle: Medieninformation der FH Potsdam 65.2009*

Stromsparcheck zur Senkung von Energiekosten. Der Deutsche Caritasverband und der Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands bieten schon bald in 100 Städten einen Stromsparcheck zur Entlastung von Haushalten mit geringem Einkommen an. Beziehende von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Wohngeld erhal-

ten zunächst eine unentgeltliche Bestandsaufnahme ihres Stromverbrauchs und werden dann kostenfrei mit Energiesparlampen, Wasserperlatoren, TV-Standby-Abschaltern, Zeitschaltuhren oder schaltbaren Steckerleisten ausgestattet, um die Kosten so weit wie möglich zu reduzieren. Das Paket beinhaltet zudem die Erstellung eines individuellen Stromsparfahrplans und eine qualifizierte Beratung. Hilfreich ist dieser neue Service auch für Langzeitarbeitslose, denen durch die Tätigkeit in den Stromsparcheck-Teams eine Möglichkeit zum Wiedereinstieg ins berufliche Leben geboten wird. *Quelle: Sozialcourage 3.2009*

► Gesundheit

Noten für die Pflege. Zur Schaffung von mehr Transparenz in der Pflege etablierte der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) zum 1. Juli dieses Jahres eine Qualitätsbewertung von Pflegeheimen anhand von Noten, die vom MDK vergeben und veröffentlicht werden. Geplant ist eine Ausweitung der Zertifizierung auf die Pflegedienste. Zunächst wird jede Pflegeinstitution mindestens einmal geprüft. Ab dem Jahr 2011 erfolgen dann Prüfungen im Jahresturnus. Die bundesweit gültigen Vereinbarungen umfassen einen Kriterienkatalog von 64 Fragen zur Betreuung und medizinischen Versorgung, zum Umgang mit demenzkranken Menschen, zur Alltagsgestaltung und zu Bereichen wie Wohnen, Verpflegung, Hauswirtschaft und Hygiene. Parallel dazu baut die Bundesinteressenvertretung der Nutzerinnen und Nutzer von Wohn- und Betreuungsangeboten im Alter und bei Behinderung e.V. (BIVA) ein Heimverzeichnis auf, das eine Beurteilung durch Ehrenamtliche beinhaltet und unter www.heimverzeichnis.de im Internet zu finden ist. *Quelle: rotkreuzmagazin 3.2009*

Projekt gegen Kinderpornographie. Die polizeiliche Kriminalstatistik registrierte im Jahr 2008 bundesweit 6 707 Fälle von Kinderpornographie. Da die Herstellung der diesbezüglichen Materialien mit dem Missbrauch von Kindern einhergeht, hat das Institut für Sexualwissenschaft und Sexualmedizin der Berliner Charité kürzlich ein Projekt zur Prävention gestartet. Angesprochen sind Männer, die den Wunsch verspüren, kinderpornographische Darstellungen zu nutzen oder dies bereits tun. Für die genannte Zielgruppe bietet das Institut kostenlos und unter Einhaltung der Anonymität und Schweigepflicht eine Einordnung ihres Problems und therapeutische Unterstützung an. Weitere Informationen im Internet: www.kein-taeter-werden-pkk.charite.de *Quelle: Berliner Ärzteblatt 9.2009*

Gesundheitsberichterstattung Berlin. Basisbericht 2008. Daten des Gesundheits- und Sozialwesens. Hrsg. Prof. Dr. Gerhard Meinschmidt. Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz von Berlin. Selbstverlag. Berlin 2009, 578 S., EUR 15,- *DZI-D-8819*
Als Bestandteil der Gesundheitsberichterstattung des Staates enthält der jährlich herausgegebene Basisbericht differenzierte statistische Daten zum Gesundheitszustand der Berliner Bevölkerung. Den Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe bildet die gesundheitliche Situation sowie die medizinische und soziale Versorgung von Menschen im Lebensalter ab 50 Jahren. Der Bericht bietet aber auch allgemeine Informationen zu den Rahmenbedingungen des Gesundheitssystems, zu den beobachteten Krankheiten und zu Verhaltensweisen, die deren Auftreten beein-

flussen können, wie zum Beispiel Ernährung, Bewegung oder der Konsum von Drogen und Alkohol. Dargestellt werden darüber hinaus die Möglichkeiten des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes und des Verbraucherschutzes hinsichtlich Lärm, Schadstoffen, Arzneimitteln und in der Arbeitsumwelt. Außerdem gibt die Studie einen umfassenden Überblick über die Einrichtungen des Gesundheitswesens und die Inanspruchnahme der gebotenen Leistungen, ergänzt durch eine Bestandsaufnahme der Ausbildungssituation und der beruflichen Tätigkeiten im Bereich des Gesundheitswesens. Bestelladresse: Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz von Berlin, Referat Gesundheitsberichterstattung, Oranienstraße 106, 10969 Berlin, Tel.: 030/90 28-26 60, E-Mail: Gerhard.Meinl.schmidt@senguv.berlin.de

Rückenschmerzen im Vergleich. Laut einer Untersuchung der Techniker Krankenkasse wurde im Jahr 2008 jeder zehnte berufliche Fehtag in Deutschland durch Rückenschmerzen verursacht. Zu beobachten sei ein deutliches Nord-Süd-Gefälle. So kamen auf 100 Beschäftigte in Baden-Württemberg statistisch nur 83 rüschenschädenbedingte Fehtage. Auch in Bayern (87) und Sachsen (90) waren die Werte gering. Am oberen Ende der Skala befinden sich nördliche Länder wie Mecklenburg-Vorpommern (137) und Berlin (136), gefolgt von Brandenburg (127), Niedersachsen (124), Schleswig-Holstein (121) und Hamburg (121). *Quelle: Das freie Medikament 7-8.2009*

► **Jugend und Familie**
Kompetenzzentrum der Arbeiterwohlfahrt für Kinderförderung. In Regionen, in denen die Arbeiterwohlfahrt (AWO) bisher nur wenige Angebote für Kinder und Familien unterhält, wird der Ausbau der Kinderbetreuung seit August dieses Jahres durch ein Kompetenzzentrum aus vier Mitarbeitenden unterstützt, die neue familienunterstützende Dienste und Netzwerke entwickeln sollen. Zu ihren Aufgaben gehören neben dem Erarbeiten der Konzeption, des Marketings und der betriebswirtschaftlichen Planung auch die Aufnahme und Pflege von Kontakten zum Jugendamt. Begleitend beginnt im November dieses Jahres eine Fortbildung zur Fachkraft für Frühpädagogik, in der Erzieherinnen und Erzieher gezielt auf die Arbeit mit Kindern unter drei Jahren vorbereitet werden. *Quelle: AWO magazin 5.2009*

Freistellungen für ehrenamtliche Jugendarbeit in Hessen gestiegen. Nach Mitteilung des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Familie und Gesundheit haben die gesetzlichen Regelungen zur Stärkung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit einen positiven Einfluss auf das Engagement junger Menschen genommen. Aufgrund dieser Regelungen übernimmt das Land Hessen die Lohnfortzahlung bei qualifiziertem ehrenamtlichen Engagement in der Jugendarbeit, wie beispielsweise in der Betreuung von Kinder- und Jugendfreizeiten, bei Sommerspielaktionen und Sportveranstaltungen. Im Jahr 2008 habe das Land 1480 Lohnkostenerstattungsbescheide für insgesamt 10 254 Freistellungstage erteilt, was gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um 11 % bedeutet. Insgesamt wurden Lohnkosten in Höhe von 1 065 535,69 Euro erstattet. *Quelle: Pressemitteilung des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Familie und Gesundheit vom August 2009*

OECD-Studie zum Wohlergehen von Kindern. Wie die vor Kurzem in Berlin vorgestellte Studie „Doing Better for Children“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigt, liegt in Deutschland trotz hoher Ausgaben für Kinder deren Wohlbefinden unter dem Durchschnitt. Analysiert wurden die Bereiche materielle Sicherheit, Wohn- und Umweltbedingungen, Bildung, Gesundheit, Risikoverhalten und Qualität des schulischen Umfelds in den einzelnen OECD-Staaten. Die Untersuchung ergab, dass in Deutschland fast jedes sechste Kind in relativer Armut lebt. Besonders stark betroffen seien die Kinder von Alleinerziehenden, die vor allem im Bildungs-bereich extrem benachteiligt würden. Im Hinblick auf den Gesundheitszustand erzielte Deutschland gute Ergebnisse. So lagen die Sterblichkeit der unter 19-Jährigen und der Impfstand bei Kinderkrankheiten deutlich unter dem Mittelwert. Internet: www.oecd.org/de/kinderbericht *Quelle: Pressemitteilung der OECD vom September 2009*

Wer bekommt die Juleica? Die Juleica (Jugendleitercard) ist ein seit dem Jahr 1999 bundesweit gültiger Ausweis für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in der Jugendarbeit. Voraussetzungen für diesen sind ein Mindestalter von 16 Jahren, das dauerhafte Engagement bei einem Träger der Jugendarbeit, eine standardisierte Ausbildung in den Bereichen Gruppenpädagogik, Aufsichtspflicht, Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen, Methoden und anderen Themenbereichen, eine Qualifikation als Jugendleiterin oder Jugendleiter und eine Erste-Hilfe-Bescheinigung. Darüber hinaus gelten weitere Bedingungen, die sich je nach Bundesland unterscheiden. Die Karte dient als Legitimation gegenüber den Erziehungsberechtigten und als Grundlage für die Inanspruchnahme bestimmter Rechte und Vergünstigungen. Internet unter www.juleica.de *Quelle: Kolping magazin 9.2009*

Projekt „Sucht im Alter“. Obwohl der Konsum von Alkohol, Nikotin und psychoaktiven Medikamenten auch bei älteren Menschen weit verbreitet ist, suchen nur wenige von diesen professionelle Hilfe. Der Landesstiftung Baden-Württemberg diene dies zum Anlass für das neue Förderprogramm „Sucht im Alter“, mit dem Modellprojekte unterstützt werden sollen, die sich mit der Prävention von und der Intervention bei Suchtproblemen auseinandersetzen, die in einem Alter ab 55 Jahren auftreten können. Die Ziele des auf eine Laufzeit von drei Jahren angelegten Vorhabens bestehen darin, über die Thematik aufzuklären und einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu fachgerechter Beratung und Therapie zu ermöglichen, wobei Konzepte an der Schnittstelle zwischen Sucht- und Altenhilfe besonders erwünscht sind. Bewerbungen zur Teilnahme sind bis zum 20. November 2009 bei der Landesstiftung Baden-Württemberg einzureichen. Internet: www.landesstiftung-bw.de *Quelle: Pressemitteilung der Landesstiftung Baden-Württemberg vom September 2009*

Steigende Kinderarmut. Laut einer Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums (BJK) vom August dieses Jahres ist die Armutsbetroffenheit von Kindern in Deutschland nach wie vor hoch und im letzten Jahrzehnt sogar leicht angestiegen. Die Armut verletze nicht nur den in Artikel 26 der UN-Kinderrechtskonvention festgelegten Anspruch der Kinder auf einen ihrer Entwicklung angemessenen

Lebensstandard, sondern behindere auch ihre Möglichkeiten, sich zu entfalten und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Um diesem Missstand entgegenzusteuern, empfiehlt das BJK eine stärkere Integration von Müttern und Vätern in den Arbeitsmarkt, die Einführung einer elternunabhängigen und bedarfsorientierten Grundsicherung für Kinder und eine Aufhebung des Ehegattensplittings im Steuerrecht. Dieses sei der Erwerbstätigkeit von Müttern hinderlich und müsse ersetzt werden durch eine Individualbesteuerung, die gleiche steuerliche Anreize für beide Ehegatten setze. Darüber hinaus sei es wichtig, die in einigen Kommunen und Bundesländern entwickelten Angebote zur Förderung benachteiligter Kinder und Familien besser zu koordinieren und flächendeckend auszubauen. Internet: www.bundesjugendkuratorium.de/positionen.html *Quelle: Pressemitteilung des BJK vom August 2009*

► Ausbildung und Beruf

Urlaub trotz Krankheit. Nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 20. Januar 2009 bleibt der Erholungsurlaub im Krankheitsfall erhalten, auch wenn der Bezugszeitraum abgelaufen ist. In diesem Fall ist der Urlaub zu späterer Zeit nachzugewähren. Bisher hatten die gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen vorgesehen, dass Urlaub, der nicht innerhalb des festgelegten Zeitraums genommen wurde, unabhängig von dem dafür maßgeblichen Grund verfällt. Die aktuelle Neufassung der Erholungsurlaubsverordnung für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte sieht nun vor, dass bei vorübergehender Dienstunfähigkeit der volle Urlaubsanspruch bis zum Ablauf des auf das Ende der Erkrankung folgenden Jahres fortbesteht. *Quelle: dbb magazin 9.2009*

Neue Leitlinien für das Ehrenamt im Justizvollzug. In Nordrhein-Westfalen gelten seit dem 1. Mai dieses Jahres neue Leitlinien für die ehrenamtliche Arbeit im Justizvollzug. Sie regeln die Rahmenbedingungen des Engagements und beziehen sich auf die Eignungsanforderungen, die Unterstützungsangebote der Vollzugsanstalten und begleitende Hilfen für die freiwilligen Helferinnen und Helfer. Wer in diesem Bereich tätig werden möchte, muss die Leitlinien und die auf einem beigefügten Merkblatt dargestellten Bedingungen anerkennen. Ausscheidenden Betreuerinnen und Betreuer wird künftig eine Urkunde ausgestellt. Internet: www.projekt-lotse.de *Quelle: Lotse Info 7.2009*

Umfrage zum Pflegealltag. Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBFK) nahm im Zeitraum Oktober 2008 bis Frühjahr 2009 eine anonyme, bundesweite Online-Umfrage zum Berufsalltag von Pflegekräften vor, an der sich 3 287 Personen aus Krankenhäusern, Pflegeheimen und der ambulanten Pflege beteiligten. Im Mittelpunkt standen die Personalausstattung, störende Faktoren in der Arbeitssituation und die Einschätzung der Zukunft der Pflegeberufe. Wie die Ergebnisse zeigen, bedürfen die Arbeitsbedingungen in diesem Sektor einer Revision. Internet: www.dbfk.de *Quelle: Das Krankenhaus 9.2009*

31.10.2009 Frankfurt am Main. 13. Fachtagung: Elternarbeit. Information: Frankfurter Arbeitskreis für Psychoanalytische Pädagogik e.V. (FAPP), Myliusstraße 20, 60323 Frankfurt am Main, Tel.: 069/70 16 55, Internet: www.fapp-frankfurt.de

6.-7.11.2009 Potsdam. Jahrestagung Stadtteilarbeit 2009: Was zusammen gehört ... Erfahrungen, Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus zwei Jahrzehnten Nachbarschafts- und Gemeinwesenarbeit im vereinten Deutschland. Information: Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V., Tucholskystraße 11, 10117 Berlin, E-Mail: bund@sozkult.de

9.-15.11.2009 Istanbul/Türkei. „behindert hier und anderswo“ – Fachaustausch in Istanbul. Fortbildungsmodul zur kultursensiblen Arbeit. Information: Internationales Bildungs- und Begegnungswerk e.V. im Ev. Erwachsenenbildungswerk Westfalen/Lippe e.V., Bornstraße 66, Tel.: 02 31/95 20 96-0, E-Mail: info@ibb-d.de

23.-25.11.2009 München. Seminar: Der Fall im Feld. Methoden sozialraumorientierter Sozialer Arbeit für die Ziel-erarbeitung. Information: LüttringHaus, Institut für Sozialraumorientierung, Quartier- und Case-Management, Ger-vinusstraße 6, 45144 Essen, Tel.: 02 01/28 79 14, E-Mail: ml@luettringhaus.info

28.11.2009 Bonn. Engagement weltweit. Fachmesse zur personellen Entwicklungszusammenarbeit 2009. Information: Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee e.V., Thomas-Mann-Straße 52, 53111 Bonn, Tel.: 02 28/908 99 10, E-Mail: forum@entwicklungsdienst.de

30.11.-4.12.2009 Weingarten (Oberschwaben). Seminar für Führungskräfte: Zielorientierte Moderation. Meetings und Workshops zielführend und wirksam moderieren. Tagungshaus Weingarten, Akademie der Diözese Rottenburg/Stuttgart, Kirchplatz 7, 88250 Weingarten, Tel.: 07 51/ 56 86-0, E-Mail: weingarten@akademie-rs.de

5.12.2009 Frankfurt am Main. Informationsbörse: Hessen total international – Gemeinsam die Welt entdecken. Information: Hessisches Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit, Dostojewskistraße 4, 65187 Wiesbaden, Tel.: 06 11/817-38 56 (Marianne Schwedler)

5.-9.3.2010 Berlin. 26. DGVT-Kongress für Klinische Psychologie, Psychotherapie und Beratung: ... Beziehungsweise Psychotherapie. Information: DGVT-Bundesgeschäftsstelle, Postfach 13 43, 72003 Tübingen, E-Mail: kongress@dgvt.de